Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, ¼ jährlich Mk. 9.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.50. Reklamezeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 90 — Sonntag, den 31. Juli 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

In der gestrigen 14. diesjährigen Sitzung des Stadtgemeinderates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Von einer Einladung der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz zu einer Filmvorführung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen" nahm man Kenntnis.

2. Das Gesuch des Herrn Waldarbeiters Hermann Scheibe um Genehmigung zum Umbau seines Wohn- und Stallgebäudes Wiesenstraße 50 wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch des Herrn Fabrikbesitzers Adolf Arnhold um Genehmigung eines Drahtseilantriebes im Flußbett der Parthe für das jetzt im Bau befindliche Färbereigebäude wurde befürwortet.

3. Von einer Verfügung der Amtshauptmannschaft Grimma über die Haftpflichtversicherung der Feuerwehr wurde Kenntnis genommen. In der Sache sollen zunächst Ermittelungen angestellt werden.

4. Von einer Mitteilung der Eisenbahn-Generaldirektion als Versicherungsamt in Dresden über das Ausscheiden der bei der sächsischen Staatsforstrevierverwaltung beschäftigten Versicherungspflichtigen aus der Betriebskrankenkasse für den Bezirk der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden nahm man Kenntnis.

5. Wegen der anderweiten Festsetzung der Ortslöhne für versicherungspflichtige Personen wurde beschlossen, das Dreifache der seitherigen Sätze als Ortslöhne in Vorschlag zu bringen.

6. Auf 2 Gesuche von Ausländern um Aufenthaltsbewilligung in Naunhof wurde Entschließung gefaßt.

7. Von der Verfügung der Kreishauptmannschaft Leipzig über die Haussammlung für das Ehrenmal nahm man Kenntnis. Der Stadtgemeinderat sieht von der Aufsicht über die Sammlung ab. Er beschloß aber, dem gestellten Antrage gemäß zum Gedächtnis der im Kriege Gefallenen und Vermißten eine Steintafel an einem öffentlichen Gebäude oder an einem sonstigen öffentlichen Orte hier auf Kosten der Stadt anzubringen.

8. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 27. d. M. wurden genehmigt. Sie betrafen hauptsächlich die Notstandsbauten, ferner die Entschließung auf ein Gesuch um käufliche Ueberlassung von Fabrikgelände.

9. Die Beschlüsse des Beschleusungsausschusses vom 27. d. M. wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich um die Verhandlung mit der Firma C. Lauterbach in Leipzig wegen Uebertragung der Arbeiten über Veränderung einiger Schleusenstrecken und die Gewährung einer Entschädigung für Bauberatung usw. an Herrn Amtsrat Schäfer in Leipzig.

10. Von dem Urteil in der Klagsache des Herrn Ingenieur Schorler, nach dem die Abweisung der Berufung erfolgte, nahm man Kenntnis.

11. Der Stadtgemeinderat erklärte sich damit einverstanden, daß 2 Mitglieder des Schützenbundes mit den Polizeibefugnissen während des diesjährigen Schützenfestes betraut wurden.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 29. Juli 1921. **Der Stadtgemeinderat.**

Während des diesjährigen Schützenfestes vom 31. Juli bis 2. August sind einige Mitglieder des Schützenbundes von hier beauftragt worden, zur Unterstützung der städtischen Sicherheitspolizei auf dem Schützenplatze und den dortigen Anlagen polizeiliche Handlungen in dem Umfange vorzunehmen, wie die städtische Sicherheitspolizei. Die Beauftragten sind mit schriftlichem Ausweis versehen.

Naunhof, am 30. Juli 1921. **Der Bürgermeister.**

Die Staatsgrundsteuer auf den 1. Termin des Rechnungsjahres 1921, welche nach 10 Pfg. je Einheit erhoben wird, ist am 1. August fällig und bis spätestens

den 21. August d. J.

an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme zu zahlen.

Naunhof, am 29. Juli 1921. **Der Stadtrat.**

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 30. Juli.

Polnischer Kriegsrat.

Breslau. In Czenstochau hat eine polnische Generalstabssitzung unter dem Vorsitz von General Haller stattgefunden. Dabei wurde mitgeteilt, daß Polen Oberschlesien von Norden, Osten und Süden mit 120 000 Mann umfaßt habe. Spezialwaffen, wie Tanks, Flieger und Funker, würden zum größten Teil von Frankreich über Danzig zur Verfügung gestellt. Von einem großen Teil der polnischen Oberleitung wurde ein Krieg befürwortet und gewünscht, während die erfahrenen Führer das mit Rücksicht auf die Güte der deutschen Selbstschutztruppen nicht wollen.

Explodiertes polnisches Munitionslager.

Laurahütte. Hier flog bei der Richtergrube ein geheimes Munitionslager der Polen in die Luft. Der Förderturm der Grube und einige Gebäude wurden teils beschädigt, teils sind sie abgebrannt. Bei dem Unglück wurden drei Menschen getötet und mehrere schwer verwundet.

Der Gerichtsstand im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M. Das Oberlandesgericht in Frankfurt hat vor einiger Zeit in der Klage des Herrn Dorten, des Führers der Absplitterungsbestrebungen, gegen die Frankfurter Zeitung den Gerichtsstand in Wiesbaden aufgehoben mit der Begründung, daß das Gericht durch die Besetzung Wiesbadens in der freien Ausübung seiner richterlichen Funktionen behindert sei. Gegen diese Entscheidung hat jetzt die Interalliierte Rheinlandkommission beim deutschen Reichskommissar Beschwerde eingelegt und Erklärungen verlangt mit der Begründung, daß die Alliierten bisher in keinem einzigen Fall in die Unabhängigkeit der deutschen Gerichte eingegriffen hätten und daß bisher nicht eine einzige Beschwerde auf diesem Gebiete vorliege.

Ausweisung von Fremden aus Kissingen.

Frankfurt a. M. In Bad Kissingen ist in den letzten Tagen von Kriminalbeamten eine scharfe Fremdenkontrolle durchgeführt worden. Der Aufenthalt einiger hundert Fremder wurde beanstandet und ihre Ausweisung durchgeführt. Es handelt sich zum größten Teil um Russen und Polen, die sich in Kissingen ohne Pässe und Ausweise aufhielten.

Aufhebung der Harzburger Spielbank.

Bad Harzburg. Die mit Genehmigung des braunschweigischen Staatsministeriums im hiesigen Kasino eröffnete Spielbank hat ihren Betrieb wieder einstellen müssen. Personen, die größere Summen verloren hatten, haben Anzeige wegen Falschspiels erstattet. Die Untersuchung darüber ist im Gange.

Heimkehr deutscher Kriegsgefangener.

München. In den nächsten Tagen wird in Triest der von Noworossysk am Schwarzen Meer kommende Dampfer „Wigbert" erwartet, der den Rest der in Ziskaukasien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befördert. Im Anschluß an diese Fahrt wird der „Wigbert" nach Odessa fahren, um die in der Krim und in Odessa selbst gesammelten 600 bis 1000 deutschen Heimkehrer aus Südrußland abzutransportieren.

Die russische Hungersnot.

London. In einer Versammlung von Abgeordneten wurde die Meinung geäußert, daß nur bestimmte Provinzen in Rußland von der Hungersnot betroffen seien, dagegen in anderen Provinzen überschüssige Vorräte vorhanden sein müßten. Anstatt die von Sowjetrußland geforderten 3½ Millionen Tonnen Getreide zu senden, sei es wichtiger, den nicht hungernden Provinzen landwirtschaftliche Maschinen, Kleider, Schuhe und andere Lebensmittel zu senden. In der konservativen englischen Presse finden sich Proteste gegen jede Hilfsaktion zugunsten Sowjetrußlands.

Konsumentenräte im holländischen Druckereigewerbe.

Amsterdam. Eine neue Erscheinung des holländischen Wirtschaftslebens ist der innerhalb des Druckereigewerbes neben den Organisationen der Erzeuger und der Arbeiter bestehende Konsumentenrat. Er ist auf Ersuchen der Fabrikanten zur Nachprüfung ihrer seitens des Publikums beanstandeten Preispolitik aus je einem Mitglied aus Regierungs-, Gemeindeverwaltungs-, Wissenschafts-, Handels- und Gewerbe- und Mittelstandskreisen zusammengesetzt. Die Unternehmer sollen ihn vor jeder Änderung des Preistarifs hören, wobei ihm alle Kalkulationsunterlagen zugänglich gemacht werden müssen.

Ein Rechenschaftsbericht.

Reichstag und Landtag sind längst in die Sommerferien gegangen; nur der Reichswirtschaftsrat, der es eigentlich am wenigsten nötig hätte, trotzt der barbarischen Hitze dieser Julitage. Seine Ausschüsse sind unermüdlich an der Arbeit, der Regierung mit ihrem sachverständigen Rat in allen Wirtschaftsfragen der Gegenwart zur Seite zu stehen. Und so erhielt der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau Gelegenheit, über die bisherigen Ergebnisse seiner Tätigkeit zur Erfüllung der Reparationsforderungen des Friedensvertrages zum ersten Male Bericht zu erstatten. Ununterbrochen sind die Verhandlungen, seitdem Dr. Rathenau mit Herrn Loucheur zusammengesessen hat, weitergeführt worden, in Paris wie in Berlin über Neben- und über Hauptfragen, und der Minister versichert, daß man vorwärts gekommen sei, wenn auch natürlich langsam und unter Überwindung vieler Schwierigkeiten. In manchen Fragen, wie z. B. in derjenigen der Finanzierung der Sachleistungen, die wir zu machen haben, ist noch nichts erreicht worden, hier können nur die Ziele gezeigt werden, denen wir zusteuern. In der Frage der Preisbemessung scheint Herr Dr. Rathenau einer Verständigung mit den Franzosen etwas näher gekommen zu sein, doch liegen auch hier bestimmte Abmachungen offensichtlich noch nicht vor. Und seine Bemühungen haben selbstverständlich lediglich den Umfang derjenigen Sachleistungen zum Gegenstand, die uns von Frankreich auf Grund des Friedensvertrages auferlegt werden sollen. Daneben bleibt für den freien Handel noch weiter Spielraum und Dr. Rathenau betont auf das Nachdrücklichste, daß er nicht im entferntesten daran denke, die Geschäftswelt in ihrer Bewegungsfreiheit zu beeinträchtigen. Die Absicht, durch die Arbeitsleistung an Ort und Stelle einen erheblichen Teil unserer Verpflichtungen abzugelten, konnte bisher ihrer Verwirklichung nicht näher geführt werden. Dr. Rathenau hofft aber, in nicht allzuferner Zeit mit den Franzosen zu einer grundlegenden Verständigung in dieser Frage zu gelangen. Wie er überhaupt darauf hinarbeitet, die Gegner von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß auch ihr Interesse es erfordere, unsere Leistungsfähigkeit zu steigern. Dieser Aufgabe glaubt er auch damit zu dienen, daß er es ablehnt, unsere Leistungen als gänzlich unabänderlich und damit gänzlich unerfüllbar hinzustellen. Es müßte im Gegenteil jeder Versuch gemacht werden, sie tragbar zu gestalten, und wir würden uns in dieser Beziehung auf wachsende Erkenntnis der Gegenseite stützen können. Mit einem festen Willen in diesen Fragen könnten wir ein ganz außerordentliches Aktivum in die Wagschale werfen. Deshalb tue man gut daran, die gegensätzlichen Anschauungen über diese Frage in der Heimat nicht zu überspannen. Er selber trage als Wiederaufbaukommissar die Verantwortung für die Erfüllung der Abmachungen, die er anstrebe. Dazu müsse er durch die Einrichtungen seines Landes so gedeckt sein, daß er unter allen Umständen erfüllen könne, was er übernommen habe. Für diese Leistungen hätten alle Steuerzahler einzustehen, also dürften nicht einzelne Berufsstände bei diesen Leistungen zu kurz kommen. Großindustrie und Handwerk, Kleinindustrie und Handel, Landwirtschaft und freie Berufe, alle hätten nach ihren Kräften sich hinter den Wiederaufbauminister zu stellen, um in möglichst gleichmäßiger Verteilung der Lasten zu erfüllen, was uns nun einmal auferlegt sei.

Dann aber wird es auch sehr auf möglichst geschäftskundige und rasche Durchführung aller Aufträge ankommen, die zur Befriedigung der französischen Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland zu erwarten sind. Dr. Rathenau will zu diesem Zwecke weder den Weg der Submissionen noch den der Gründung von Kriegsgesellschaften beschreiten. Ganz ohne irgend eine Organisation wird es freilich nicht abgehen, er hat, wie bekannt, die Errichtung von Leistungsverbänden in die Wege geleitet, wobei freilich ein gewisser Zwang nicht zu vermeiden sein werde. Er selber sei ein Gegner des Zwanges und füge sich ihm hier nur deshalb, weil er selber unter dem Zwange der Sache stehe. Bei der Bemessung der Preise sei eben so sehr gegen die Möglichkeit von Verlusten wie von übermäßig großen Gewinnen Vorsorge zu treffen. Hier denkt er an die Einrichtung eines Ausgleichsfonds, aus dem etwaige Zuschüsse des Reiches bestritten werden könnten. Alle Leistungsverbände sollen in einem Verband der Verbände zusammengefaßt werden, der, soweit wie irgend möglich, als Selbstverwaltungskörper zu arbeiten habe.

In wenigen Sätzen ein Riesenprogramm, dessen Durchführung Riesenkräfte erfordert. Dr. Rathenau macht den Erfolg seiner Aufgaben von der Voraussetzung abhängig, daß es gelinge, die geeigneten Menschen zu finden, bereit, an die Spitze eines solchen Unternehmens zu treten. Was diese Voraussetzung besagen will, weiß jeder, der einen Einblick in die Kriegsverhältnisse bekommen hat, in die ungeheuren Schäden und Verluste, die uns durch ungeeignete Personenauswahl erwachsen sind.

Nach Dr. Rathenau gab Staatssekretär Dr. Hirsch einen Überblick über die Wirtschaftslage im Westen, wie sie sich unter der Einwirkung der Sanktionen gestaltet hat. Das dadurch neu erstandene Loch im Westen hat wieder zu schwerster Unordnung, zu Unsittlichkeit und Korruption geführt. Es muß beseitigt werden, wenn wir mit unserer Gesamtwirtschaft für die Erfüllung der Wiederherstellungsforderungen unserer Gegner einstehen sollen. In Frankreich fehlt es auf diesem Gebiete noch an Einsicht oder an gutem Willen.

Vorschläge zur Reparationsfrage.

Richtlinien aus der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission hat über die mit der Reparation zusammenhängenden Fragen Erhebungen veranstaltet, auf Grund deren einige Mitglieder der Kommission bereits jetzt einige Grundsätze für die Reparationspolitik aufstellen, nach denen als Voraussetzung jeder wirksamen Reparationspolitik u. a. folgendes geboten erscheint: 1. Die Reparation ist nur denkbar im Rahmen einer Wirtschaftspolitik, die eine Steigerung und Rationalisierung der Produktion bezweckt. 2. In diesem Rahmen muß sich auch die Aufbringung der Mittel einfügen, welche zur Vermeidung weiterer Geldentwertung die Herstellung des Gleichgewichtes im Reichshaushalt erreichen muß. Ferner wird der Übergang zur Besteuerung an der Quelle für nötig erachtet, ebenso die unmittelbare Anteilnahme des Reichs an den Erträgnissen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken. Diese Art der Aufbringung könne das Reich in den Besitz von Substanzwerten setzen, welche geeignet sind, im Notfalle durch Beleihung oder Veräußerung von Vermögenswerten die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, und einen regellosen Ausverkauf des Volksvermögens hintanzuhalten. Eine solche Veräußerung der Substanzwerte dürfe nur zur Erfüllung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen in Betracht kommen, soweit diese in der Übergangszeit nicht anders möglich sein sollte, keinesfalls aber zur Herstellung des Gleichgewichtes im inneren Haushalt. Es ist zu beachten, daß diese nach sozialistischen Gesichtspunkten aufgestellten Richtlinien nicht von allen Mitgliedern der Sozialisierungskommission anerkannt werden.

Halten die Türken stand?

Vom kleinasiatischen Kriegsschauplatz.

Eine merkliche Abkühlung wird in den griechischen Nachrichten von der Front bemerkbar. Von der Ver-